

PerGlobal



Analyse

**Augen zu und durch?**

**Positionen vor dem Weltgipfel für  
Nachhaltige Entwicklung**

**Nika Greger und Tile von Damm**  
Berlin, August 2002

# Vor dem WSSD - eine Bestandsaufnahme

"Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen." ("Brundtland-Kommission", Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, 1987)

In einigen Tagen ist es soweit: Der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development - WSSD) findet in Johannesburg statt. Ein Blick auf offizielle Statements lässt den Gipfel zu der Gelegenheit werden, "der globalen Umweltpolitik und dem gesamten Politikfeld 'Nachhaltige Entwicklung' neue Impulse zu geben." Und selbst Bundeskanzler Gerhard Schröder hat angekündigt, zu kommen. Alles bestens also?

Angesichts der Tatsache, dass Regierungsdelegationen aus Süd und Nord sich auf den letzten Vorbereitungs-konferenzen in New York und Bali gemäß alter UN-Traditionen lediglich darum bemühten, alle wichtigen Textpassagen einzuklammern, und damit die entscheidenden Fragen bis Johannesburg vertagten, steht - wie so oft - zu befürchten, dass nur freundliche, letztlich hohle Lippenbekenntnisse, aber keine wirklichen Ergebnisse zu erwarten sind.

## Beibehaltung des Status Quo?

Warum also der ganze Aufwand? Warum Tausende Vertreter/innen aus Regierung, Industrie und Zivilgesellschaft für viel Geld auf den Weg nach Johannesburg schicken, damit sie dort über Entscheidungen streiten können, die letztlich doch nur am fehlenden politischen Willen scheitern? Warum eine weitere große UN-Konferenz, wenn der bestehende Status Quo wieder einmal festgeschrieben statt verändert wird und zudem die UN als entscheidender Akteur vor allem seitens der USA immer weiter geschwächt wird? Die Antwort ist einfach: In Johannesburg steht nicht weniger auf dem Spiel als die Zukunft des Planeten und der Menschen, die ihn bevölkern. Die UN als Organisation ist - trotz aller Reformbedürftigkeit - nach wie vor das einzige Gremium, in dessen Rahmen völkerrechtlich bindende Entscheidungen getroffen werden können und sollten. Damit lasten hohe Erwartungen vor allem auf den Regierungsvertreter/innen, die ihre Verantwortung ob der zu verhandelnden Thematik in der Tat äußerst ernst nehmen sollten.

# Der Global Environmental Outlook (GEO-3)

Vor kurzem ist der dritte "Global Environmental Outlook" (GEO-3), der Weltumweltbericht der Vereinten Nationen, erschienen. Die UN-Umweltbehörde UNEP entwickelt darin insgesamt vier Szenarien für das Jahr 2032, von denen zwei besonders interessant sind: Der Markt-Ansatz ("markets first") analysiert eine ungebremsste, auf "Business as usual" basierende Entwicklung. Der Nachhaltigkeits-Ansatz ("sustainability first") hingegen betrachtet eine Entwicklung, die auf nachhaltigen Konzepten, Werten und Lebensstilen basiert, in deren Rahmen sich Regierungen, Industrie und Bevölkerung gemeinsam auf Maßnahmen zur Umsetzung des Leitbilds der Nachhaltigen Entwicklung einigen.

## Das Markt-Szenario

Nach dem Markt-Ansatz werden bis 2032 über 70 Prozent der Landfläche der Erde von Straßenbau, Städten und andere infrastrukturellen Entwicklungen betroffen sein. Dies führt zu einem Aussterben des größten Teils der Pflanzen- und Tierarten. Südamerika und die Karibik wären mit 80 Prozent am stärksten betroffen, gefolgt von Asien und der Pazifikregion. Umweltkatastrophen bedingen zusätzlich den Verlust von fruchtbaren Böden. Sollte die globale Entwicklung bis 2032 weiterhin geprägt sein von dem Primat des unregulierten Wirtschaftswachstums, würde über die Hälfte der Weltbevölkerung in Gebieten mit mangelnder Trinkwasserversorgung leben.

## Das Nachhaltigkeits-Szenario

Sollte sich die Welt jedoch nach dem Nachhaltigkeits-Szenario entwickeln, könnte die Anzahl der hungernden Menschen unter Berücksichtigung der "Millenniums-Entwicklungsziele" bis 2032 auf 2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung gesenkt werden. Konzertierte Aktionen, die Regierungen, Industrie, Bürgerinnen und Bürger gemeinsam unternehmen, könnten zu einer Stabilisierung der Treibhausgas-Konzentrationen führen. Zwar wird sich auch unter einem nachhaltigen Konzept die Versiegelung der Böden weltweit ausbreiten - lediglich für Nordamerika und Europa wird ein Rückgang prognostiziert, bedingt durch kompaktere Städte und bessere Planung -, die Trinkwasserversorgung würde sich allerdings entspannen oder sogar verbessern.

## Perspektiven

GEO-3 stellt fest, dass sich die Menschen heute an einer entscheidenden Wegkreuzung befinden. Sollte jetzt nicht ein Weg der Nachhaltigen Entwicklung beschritten werden, wird die Situation sich in den nächsten 30 Jahren so weit verschlechtern, dass ein Umkehren nicht mehr möglich ist. Damit ist der UN-Umweltbericht auch eine deutliche Mahnung an die Regierungsvertreter/innen: sollten sie sich nicht einigen können, sollten sie nicht das notwendige, alle Bereiche umfassende Nachhaltigkeits-Konzept verabschieden, dann ist die Chance vertan, in eine weniger düstere Zukunft abzuleiten, wie GEO-3 sie in seinem Markt-Szenario entwirft.

Doch genau hier liegt das Problem. Ein Blick auf das zu verhandelnde Abschlussdokument offenbart, dass gerade die marktrelevanten Felder bislang so gut wie gar nicht in das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung einbezogen sind.

# Johannesburg als Chance?

Sollte das passieren, was wäre dann die Botschaft von Johannesburg? Wieder einmal die Feststellung, dass immer noch Tausende von Menschen verhungern? Dass die Flüsse immer weiter verschmutzen, die Meere leer gefischt sind und die globale Temperatur alle paar Jahre um ein weiteres Grad ansteigt? Dass das wirtschaftliche und industrielle Wachstum ungehindert fortschreitet, obwohl die Umweltkatastrophen zunehmen? Längst kann jeder Einzelne die negativen Folgen einer nicht nachhaltigen Entwicklung sehen und spüren. Und es bedarf keiner ausgeprägten Vorstellungskraft, den Anstieg der negativen Entwicklung zu erahnen.

Also was tun? 60.000 Menschen werden in Johannesburg erwartet, die gemeinsam über Nachhaltige Entwicklung diskutieren und streiten. Für den Rest der Welt wird der Gipfel nicht mehr sein als eine abendliche Fernsehmeldung - und von diesem "Rest" kommen immerhin 100.000 auf jeden WSSD-Teilnehmer. Wird die es interessieren, wenn sie hören, dass ihre Regierungen mal wieder zusammengekommen sind, um die Welt zu retten? Wird jemand Armut verstehen, der sich um die Anschaffung eines Zweitwagens Gedanken macht?

Diese jeweils 100.000, die nicht auf dem Gipfel sind, zu erreichen, ihre Bedürfnisse und Lebenswelten ernst zu nehmen und an dem notwendigen Prozess wirklich zu beteiligen, muss ein Ergebnis von Johannesburg sein. Den Teilnehmer/innen in Johannesburg sollte das bewusst sein.

Nur ein verbindlicher Rahmen, der alle Felder - von der Wirtschaft bis zur Kultur - zu einer Nachhaltigen Entwicklung verpflichtet, bietet eine ausreichende Perspektive für den Planeten und ermöglicht, Verantwortung im Großen und im Kleinen zu übernehmen, so dass die notwendigen Veränderungen auch beim Einzelnen ankommen. Die Regierungen müssen nicht nur zu bindenden Verpflichtungen bereit sein, sondern auch die politischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese endlich umgesetzt werden können.

## Worum es im Einzelnen geht

UN-Generalsekretär Kofi Annan hat in seiner Rede vom 14. Mai die fünf dringendsten Problembereiche, in denen Resultate nicht nur nötig sind, sondern auch möglich erscheinen, zusammengefasst: Gesundheit, Wasser, Energie, Landwirtschaft und Biodiversität. Konkret bedeutet das für die Delegierten, sich auf Maßnahmen zu einer adäquaten medizinischen Versorgung, dem Zugang zu sauberem Wasser und erneuerbaren Energiequellen, der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung weltweit und dem Erhalt der biologischen Vielfalt zu einigen.

Hinzu kommen noch anstehende Entscheidungen über eine Reform der Vereinten Nationen bzw. ihr Verhältnis gegenüber anderen internationalen Institutionen, etwa der Welthandelsorganisation (WTO) oder dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Über allem schwebt selbstverständlich die entscheidende Frage nach der Finanzierung der genannten Maßnahmen. Vor allem die Entwicklungsländer sind nur dann in der Lage, sich zu beteiligen und die nötige Grundversorgung für die Menschen in ihren Ländern zu sichern, wenn die Industrieländer die finanziellen Ressourcen bereitstellen.

In Johannesburg soll eine politische Deklaration verabschiedet werden, außerdem ein Aktionsplan, der sicherstellen soll, dass die Ergebnisse der Rio-Konferenz von 1992 und die dort von den Regierungen eingegangenen Verpflichtungen endlich umgesetzt werden. Ein solcher Plan würde die Einbindung nationaler und internationaler Entwicklungspolitik in eine Agenda für Nachhaltige Entwicklung bedeuten - soziale und ökonomische Bedürfnisse der Bevölkerung weltweit müssten ausbalanciert werden mit ökologisch nachhaltigen Strukturen und dem Schutz der Umwelt. Des Weiteren werden in Johannesburg die sogenannten Typ-II-Partnerschaftsinitiativen besprochen. Dabei handelt es sich um freiwillige Partnerschaftsabkommen zwischen der Privatwirtschaft, der UN oder den Regierungen bzw. anderen Akteuren der Zivilgesellschaft.

## Gegenwärtiger Stand des Aktionsplans

Der Aktionsplan, auch Chairman Paper oder Umsetzungsplan genannt, gliedert sich in verschiedene Themengebiete auf: Armut, Verbrauchs- und Produktionsmuster, Natürliche Ressourcen, Globalisierung, Gesundheit, kleine Inselstaaten, Umsetzung sowie den Institutionellen Rahmen. Zusätzlich haben Afrika sowie andere Regionen ein eigenes Kapitel. Unter "Umsetzung" verbergen sich die Gebiete Handel, Finanzen, Technologietransfer, Wissenschaft, Bildung, Capacity Building (Stärkung institutioneller und personeller Kapazitäten in den Entwicklungsländern) und Informationszugang bzw. Entscheidungsfindung.

### Bereits 75% Einigung

Auf insgesamt 75% des Dokumententextes haben sich die Regierungsdelegationen bislang verständigen können. Einigkeit herrscht insbesondere in den sogenannten "weichen" Themengebieten, während die großen Streitpunkte Globalisierung, Handel und Finanzen, also die "harten" Themenfelder, noch verhandelt werden müssen. Der größte Teil der derzeit noch umstrittenen 25% des Entwurfs für den Aktionsplan stammen aus Abschnitt IV ("Sustainable Development in a Globalising World" - "Nachhaltige Entwicklung in einer sich globalisierenden Welt") und Abschnitt IX ("Means of Implementation" - "Mittel der Umsetzung").

## Konfliktlinie Finanzierung

Im Abschnitt IV ist die Hälfte der 16 Paragraphen immer noch eingeklammert, also umstritten, in Abschnitt IX konnten sich die Delegierten bei keinem der 13 Schlüsselparagraphen, die sich mit Handel, Entschuldung und Finanzierung befassen, auf einen gemeinsamen Text einigen. Zusätzlich gibt es für fast jeden der umstrittenen Paragraphen mindestens eine alternative Formulierung.

Der Text, den die Delegierten von Bali aus nach Johannesburg zur weiteren Verhandlung schickten, enthält insgesamt über 200 Klammern. Dieser eingeklammerte Text, in Verbindung mit den Berichten über den Verhandlungsprozess selbst, ist ein klares Indiz für die Tatsache, dass sich der Nord-Süd-Konflikt entlang der Bereiche Handel, Entschuldung und Finanzierung bewegt, bei denen sich die Industrieländer weigern, konstruktive Entscheidungen und positive Formulierung zur Unterstützung des Südens zu unterschreiben.

## G77 und JUSCANZ

Die Vorschläge der G77 ("Gruppe der 77", Entwicklungs- und Schwellenländer) und von China zu Systemveränderungen der internationalen Finanzarchitektur und des globalen Handelssystems wurden permanent von den Industrienationen abgelehnt. Vor allem bei der sogenannten JUSCANZ-Gruppe (Japan, USA, Kanada, Australien und Neuseeland) stießen sie auf erbitterten Widerstand. Die G77 argumentiert, dass diese Probleme - inklusive der Schuldenlast und der internationalen "terms of trade", den Kapitalflüssen und multilateralen Handelsregeln - nicht unabhängig von der Frage der ökologischen Krise gesehen werden können.

Die JUSCANZ-Allianz weigert sich, auch nur einen Satz verbindlicher Sprache in dem Text zuzulassen, der eine negative Verbindung zwischen wirtschaftlicher Globalisierung und der zunehmenden Umweltzerstörung bzw. Verarmung und Marginalisierung immer größerer Bevölkerungsgruppen enthält, vor allem bei der Frage nach institutionellen Lösungen wie stärkerer Formulierungen zum Thema Entschuldung, der Etablierung eines internationalen Mechanismus zur Preisstabilisierung oder der ausdrücklichen Zusage von 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe für Entwicklungsländer.

Alle Formulierungen im Text sollten nach JUSCANZ-Vorstellung so vage und unverbindlich wie möglich gehalten werden. Vor allem die USA und Kanada fordern, dass das WSSD-Abschlussdokument auf keinen Fall über die auf der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey und bei der WTO-Ministerkonferenz in Doha getroffenen Vereinbarungen hinausgehen bzw. dass die dort getroffenen Beschlüsse keinesfalls neu verhandelt werden sollen.

Die G77 auf der anderen Seite fordert, dass der Johannesburg-Aktionsplan zwar den sogenannten Monterrey-Konsens und die Doha-Minister-Erklärung zur Grundlage haben soll, über beide Dokumente hinaus aber konkrete aktionsorientierte Formulierungen enthalten müsse, um die Umsetzung von Nachhaltiger Entwicklung voranzutreiben.

Von den Industrieländern steht bisher lediglich Norwegen hinter den Forderungen der G77. Die USA lehnen konkrete Verpflichtungen völlig ab, wohingegen die EU versucht, eine Vermittlungsrolle zwischen JUSCANZ und der G77 einzunehmen.

# Offene Punkte im Aktionsplan

- Umstritten ist die direkte Verankerung und die Frage nach der Verantwortung für die Umsetzung der 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten UN-Beschlüsse.
- Die Aufnahme der Menschenrechte und der kulturellen Eigenständigkeit sowie spezielle Wege und Strategien, indigenen Völker eine auf ihre kulturellen Eigenheiten ausgerichtete Nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.
- Die Etablierung eines Weltsolidaritätsfonds zur Bekämpfung der Armut und zur Unterstützung sozialer und menschlicher Entwicklung unter dem Dach der Vereinten Nationen wird vor allem von der G77/China und den Ländern Afrikas gefordert.
- Ein verbindliches Ziel (bis 2015) zur Halbierung der Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu Trinkwasser und sanitären Anlagen haben.
- Etablierung eines verbindlichen Aktionsplans zur Umsetzung der "Millenniums-Entwicklungsziele" (Millennium Development Goals), insbesondere die Halbierung der Armut bis 2015.
- Die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten sowie ein Lohnanstieg nach Berücksichtigung der ILO-Standards.
- Die Frage einer "differenzierten Verantwortung", d.h. ob die Industrieländer eine höhere Verantwortung für die Weltentwicklung tragen als die Entwicklungsländer. Dieser Punkt ist eine Grundfrage, die sich durch verschiedene Paragraphen des Textes zieht.
- Die Verbindung der Umsetzung nachhaltiger Verbrauchs- und Produktionsmuster mit finanzieller und technischer Hilfe, sowie Capacity-Building-Programme für die Entwicklungsländer.
- Die Entwicklung nachhaltiger Produktions- und Verbrauchsregeln zur Effizienzsteigerung der Energie- und Wasserproduktion bei gleichzeitigem Abbau von Müll und Umweltverschmutzung.
- Die Verankerung der Kennzeichnung ökologischer Produkte, entweder auf rein freiwilliger Basis - in Anlehnung an die Regeln der WTO - oder als verbindliche Kennzeichnung mit eigenen Regeln.
- Die Unterstützung von Investitionen in saubere, ökologisch effiziente Technologien. Insbesondere steht hierbei im Raum, die Handelsregeln der WTO nicht anzutasten und damit de facto den momentan im Aktionsplan enthaltenen Paragraphen massiv abzuschwächen.
- Die Reduzierung bzw. Einstellung von Subventionen, die sowohl die Umwelt schädigen als auch die Märkte der Entwicklungsländer schwächen und dort nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster verhindern.
- Die Umstellung auf umweltfreundliche, effiziente Energiegewinnung und die Entwicklung entsprechender Technologien. Die Nationalstaaten sollten dabei eigene nationale Programme entwickeln, bis wann sie auf wieviel Prozent erneuerbare Formen von Energiegewinnung zurückgreifen wollen. Eine besondere Verantwortung sollte sich hier für Industrieländer ergeben, die ein Großteil der Energie verbrauchen.
- Auf nationaler Ebene sollen Maßnahmen initiiert werden, die zu einem verbindlichen Zeitplan für die Förderung nachhaltiger Energiegewinnung führen. Die Industriestaaten sollen hier eine Vorreiterrolle übernehmen und bis 2007 geeignete Maßnahmen ausarbeiten und umsetzen.
- Verbindliche Regeln zur Entwicklung sauberer, effizienter Energietechnologien sowie erneuerbarer Energiequellen, gekoppelt an einen verbindlichen Zeitrahmen, sowie die Umsetzung der Ergebnisse der CSD-9 (neunte Sitzung der Kommission für Nachhaltige Entwicklung) in Bezug auf erneuerbare Energien. Offen hierbei ist besonders die Frage der Umsetzung, insbesondere die Rolle von "Public Private Partnerships",

gemeinsamen Projekten der öffentlichen Hand mit kommerziellen Unternehmen.

- Einen verbindlichen Zeitplan zur Prüfung, ob Chemikalien nachhaltig produziert und gebraucht werden. Offen ist hierbei auch, ob auf das Vorsorgeprinzip in Artikel 19 der Agenda 21 und in der Rio-Deklaration Bezug genommen werden soll.
- Ein verbindlicher Zeitplan (bis 2015) auf globaler und lokaler Ebene, um natürliche Ressourcen zu schützen und zu bewahren, sowie die Frage, ob Belange des Schutzes und nachhaltigen Gebrauchs natürlicher Ressourcen verbindlich in alle politischen Regelungen zu integrieren sind.
- Die Ratifizierung und volle Umsetzung der UN-Konvention zum Schutz der Meere (UNCLOS).
- Die Ratifizierung des Kioto-Protokolls unter expliziter Erwähnung der Millenniums-Entwicklungsziele (Armutsbekämpfung u.a.).
- Die Entwicklung eines verbindlichen Zeitplans (bis 2010), den alarmierenden Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen.
- Die Initiierung von Verhandlungen über ein internationales Regime zum Schutz und zum Austausch nachhaltiger Nutzung von Biodiversität.
- Die Umsetzung des TRIPS-Abkommens zum Schutz geistigen Eigentums als Teil einer nationalen und internationalen Strategie zur Bekämpfung von Krankheiten. Hierzu sollen alle Länder jegliche Möglichkeiten erhalten, inklusive der medizinischen Versorgung aller - wie das sowohl das TRIPS-Abkommen als auch die Beschlüsse von Doha vorsehen.
- Die Bereitstellung von (finanziellen) Hilfsmitteln zur Beseitigung von Umweltschäden in Afrika.
- Stärkung der Gesetze, verbindliche Aufnahme der Menschenrechte und fundamentaler Freiheiten sowie der gleichzeitigen Stärkung staatlicher Organe.

## **Streitpunkt: Handel und Finanzierung**

Zwar bleibt der Umwelt- und Naturschutz eines der wichtigen Themen auf der Agenda für Johannesburg, vor allem aber die Ergebnisse der letzten Johannesburg-Vorbereitungskonferenz in Bali haben deutlich gemacht, dass sich die Delegierten in Johannesburg vor allem mit Handels- und Finanzierungsfragen beschäftigen werden. Den größten Streitpunkt bilden also die Fragen zu den Handels- und Finanzmechanismen, die für die Umsetzung (oder eben Verhinderung der Umsetzung) von Maßnahmen für den Umwelt- und Naturschutz eine Rolle spielen. Offen ist, ob es gelingen wird, das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg auch für den Handels- und Finanzsektor verbindlich festzuschreiben.

### **Gegenwärtige Globalisierungsmuster**

Die Verhandlungen in Bali sind vor allem an der Uneinigkeit über den Zusammenhang der gegenwärtigen Globalisierungsmuster mit dem Konzept der Nachhaltigen Entwicklung gescheitert. Vor allem der Widerstand der Industrieländer ist schuld an dem Scheitern; hervorzuheben ist hier wieder die US-geführte JUSCANZ-Gruppe, die sich weigerte, Verpflichtungen einzugehen, die sich mit dem Zusammenhang von Globalisierung und Nachhaltiger Entwicklung bzw. der Verantwortung von Industrieländern für konkrete Maßnahmen in den Bereichen Entschuldung, finanzielle Zusagen und fairer Handel befassen.

## Schwerpunkte der NRO

Auch für die Nichtregierungsorganisationen (NRO) hat diese Schwerpunktsetzung auf Globalisierung, Handel und Finanzen Folgen, denn bisher waren vor allem solche Gruppen in den WSSD-Vorbereitungsprozess involviert, die sich mit Umwelt- und Naturschutz oder mit sozialen Themen beschäftigen. Nun sind auch Gruppen gefragt, die sich kritisch mit den Teilen des Aktionsplanes auseinandersetzen, die mit Handels- und Finanzfragen zu tun haben, und die versuchen, in Johannesburg selbst diese Abschnitte noch zu verändern und zu verbessern.

## Chance durch notwendige Querverbindungen

Johannesburg kann dadurch zu einer Chance werden, die auf der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development - FfD) im März dieses Jahres in Monterrey (Mexiko) und auf der WTO-Ministerkonferenz im letzten November in Doha (Katar) verabschiedeten Beschlüsse noch einmal neu zu überdenken und zu verbessern und sie vor allem in ein Gesamtkonzept der Nachhaltigen Entwicklung einzubinden. Zwar hat ein Aktionsplan von Johannesburg nicht das bindende Gewicht einer WTO-Vereinbarung oder eines Multilateralen Umweltabkommens, dennoch wird er von Regierungsoberhäuptern und der UN unterzeichnet und trägt damit den Ausdruck eines politischen Willens und der Zustimmung aller UN-Mitgliedsstaaten.

Auch solche Gruppen, die sich vor allem mit der Reform der Bretton-Woods-Institutionen IWF und Weltbank beschäftigen, sollten die Verhandlungen in Johannesburg genau beobachten und begleiten, da marktorientierte, privat finanzierte Konzepte durchgesetzt werden sollen, die mit der neoliberalen Politik von Weltbank und IWF einhergehen. Die Betonung liegt auf der Einbeziehung des Privatsektors bei der Bereitstellung von Serviceleistungen in den fünf Schlüsselbereichen des Aktionsplans: Wasser, Energie, Gesundheit, Landwirtschaft und Biodiversität. Das wiederum hat beispielsweise Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit von Weltbank-Projekten und ihrer Entwicklungsstrategie für den privaten Sektor ("Private Sector Development Strategy") und wird deren Rolle bei der Finanzierung solcher Projekte steigern.

## Public Private Partnerships

Die generelle Schwerpunktsetzung auf Public Private Partnerships sowohl im Rahmen der verbindlichen Dokumente ("Typ I"), als auch der freiwilligen Vereinbarungen ("Type II") im Rahmen des WSSD zeigt eine Verschiebung der Prioritäten der Industrieländer weg von ihrer eigenen Verantwortlichkeit für die Entwicklung der Länder des Südens. Zusätzlich werden damit die Möglichkeiten der Entwicklungsländer, über die Nachhaltige Entwicklung in ihren Ländern selbst zu entscheiden, weiter eingeschränkt, denn Kredite von internationalen Finanzinstitutionen müssen nicht nur zurückgezahlt werden, sondern unterliegen strengen Bedingungen.

Generell stellen diese Typ-II-Initiativen, die freiwilligen Partnerschaftsabkommen zwischen der Privatwirtschaft und der UN oder den Regierungen (bzw. anderen Akteuren der Zivilgesellschaft) aber auch eine Gefahr für die Industrieländer dar. Die Befürworter aus Regierungskreisen argumentieren, dass der Privatwirtschaft zum einen mehr Kenntnis der jeweiligen Situation, zum anderen aber auch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stünden, was sie zu einem idealen Akteur bei der Umsetzung des Konzepts Nachhaltiger Entwicklung mache. Nichtregierungsorganisationen kritisieren hieran aber zu Recht, dass nationale Regierungen nicht einfach ihre politische Verantwortung Unternehmen überlassen können, ohne eine

öffentliche Kontrolle zu gewährleisten. Denn weniger völkerrechtlich bindende Dokumente entziehen den Regierungen schnell die direkte Verantwortung.

Das Argument, dass die Industrie aufgrund ihres Know-hows und ihrer finanzieller Ressourcen die drängenden Probleme schneller und effizienter in den Griff bekommen könnte, entbehrt sicher nicht jeder Grundlage, doch es schwächt nachhaltig die Vereinten Nationen.

## **Umweltbewusstseinsstudie**

Diese Fragen müssen sich auch die Regierungsvertreter/innen der EU und damit auch der Bundesrepublik stellen. Unter dem Eindruck der gerade erschienenen "Umweltbewusstseinsstudie", die vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben wurde und als eines der wichtigsten Ergebnisse beinhaltet, dass die Deutschen sich mehr Engagement ihrer Regierung in der internationalen Umweltpolitik wünschen, muss Deutschland vor allem in der internationalen Klimapolitik eine Führungsrolle übernehmen. Ob damit die Abgabe der politischen Verantwortung von einer rot-grünen Bundesregierung an die Privatwirtschaft gemeint ist, darf in Frage gestellt werden.

Durch diese Fragen wird Johannesburg zu einem Test für die Industrieländer und ihre Bereitschaft, zum einen ihre historische Hauptschuld für die globale Umweltzerstörung anzunehmen, zum anderen aber auch die Verantwortung zu übernehmen, um die natürlichen Ressourcen für diese und kommende Generationen zu schützen und zu bewahren. Dazu gehört nicht nur, dass die Industrieländer den größten finanziellen Teil tragen, sondern auch die Umsteuerung in den Industrieländern selbst, die Veränderung nicht nachhaltiger Produktions- und Konsummuster, sowie die Neugestaltung des globalen Systems, das derzeit vor allem auf der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der armen Menschen auf diesem Planeten beruht.

## **Offene Fragen zu Handel und Finanzen**

- Generell zieht sich durch den Aktionsplan-Entwurf die Frage nach zusätzlichen Finanzierungshilfen für Maßnahmen zur Nachhaltigen Entwicklung.
- Die explizite Benennung im Text, dass Handel und Finanzen eine wichtige Grundlage zu einer Nachhaltigen Entwicklung bilden.
- Die vollständige Beseitigung oder Reduktion von Handelssubventionen, sowie eine substantielle Reduktion von Agrarsubventionen
- In Bezug auf spezielle Maßnahmen für Afrika stehen mangelnde Entwicklungshilfe sowie die Schuldenlast als Hinderungsgründe für eine Nachhaltige Entwicklung Afrikas zur Diskussion. Die Aufnahme dieser Probleme würde gleichzeitig die historische Hauptverantwortung der Industriestaaten für die Probleme Afrikas festschreiben.
- Der zweite große Streitpunkt in Bezug auf Afrikas Entwicklung ist eine größere Beteiligung der afrikanischen Länder am internationalen Markt.
- Die Aufnahme des Ziels, 0,7% des Bruttoinlandsprodukts der Industrienationen als verbindliche Entwicklungshilfe an Entwicklungsländer zu geben, ebenso 0,15-0,2% von Schwellenländern. Unter Bezugnahme auf die Ergebnisse der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey fordern die Entwicklungsländer die Zusage aller Industrienationen zu diesen Zielen. Einher geht damit, die Verwendung der Entwicklungshilfe an den Nutzen der Entwicklungsländer zu koppeln und die Entscheidungen darüber nicht ausschließlich den Geberländern zu überlassen.
- Die Zusagen der Entwicklungshilfe sollen unter dem Dach der UN beobachtet und als regelmäßiger Bericht veröffentlicht werden.

- Die Reform der Bretton-Woods-Organisationen (IWF, Weltbank), um mehr Transparenz der internationalen Finanzmärkte gewährleisten zu können, sowie die vollständige und effiziente Einbindung der Entwicklungsländer in diese Organisationen.
- Die Schaffung einer sichereren und vorhersehbareren internationalen Finanzarchitektur zur Stärkung Nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern unter Verringerung von kurzfristigen Kapitalströmen.
- Die verbindliche Aufstockung der Gelder für den Weltumweltfonds GEF (Global Environment Facility) auf 3 Mio US\$, sowie die verstärkte Einbindung der Nehmerländer in den Vergabeprozess (hier haben sich die Geberstaaten mittlerweile darauf geeinigt, die Mittel für die GEF für die nächsten Jahre auf 2,92 Millionen US\$).
- Die Reduktion der Schulden unter Bezugnahme auf die vereinbarten Millenniumsziele sowie die Ergebnisse von Monterrey.
- Die Förderung und Entwicklung neuer öffentlicher und privater Finanzquellen unter den vereinbarten Regeln des Weltwährungsfonds IWF.
- Die Einrichtung zwischenstaatlicher Finanzmechanismen zur Förderung neuer Finanzquellen zur infrastrukturellen Entwicklung.
- Die vollständige und schnelle Umsetzung der HIPC-Initiative zur Entschuldung der hoch verschuldeten armen Länder (Heavily Indebted Poor Countries).
- Die Nennung und Einbeziehung des Privatsektors im Rahmen eines Treffens über den Schuldenabbau.
- Die Bereitstellung finanzieller und technischer Hilfe sowie von Capacity-Building-Maßnahmen zur vollen und gleichberechtigten Partizipation der Entwicklungsländer an multilateralen Handelsrunden durch die Aufnahme dieser Forderung in das WTO-Arbeitsprogramm.
- Die Einbeziehung des 2003-Aktionsplanes der WTO zu den Doha-Ergebnissen sowie der Aufruf an die WTO-Mitglieder, ihre Zusagen aus Doha zu erfüllen
- Die Bearbeitung und Nachverhandlung der Ergebnisse von Doha, insbesondere derer, die negative Folgen für die Entwicklungsländer haben, wie beispielsweise Tarifschranken.
- Die Stärkung der WTO-Komitees zu Handel und Umwelt sowie Handel und Entwicklung und der relevanten UN-Programme mit dem Ziel, ein nachhaltiges Ergebnis der Handelsverhandlungen zu erreichen.
- Die Etablierung eines offenen, gleichberechtigten globalen Prozesses zu globalen öffentlichen Gütern ("Global Public Goods" - z.B. Wasser, Gesundheit).
- Die zusätzliche Entwicklung von Indikatoren auf nationaler Ebene, um wirtschaftliches Wachstum an umweltfreundliche und nachhaltige Entwicklung zu koppeln.

# Positionen der Regierungsdelegationen

## Bundesrepublik Deutschland

### Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Im April hat die Bundesregierung das Programm "Perspektiven für Deutschland" als nationale Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Diese dient gleichzeitig als deutscher Beitrag zum Johannesburg-Gipfel. Das verabschiedete Programm verankert das Prinzip der Nachhaltigkeit als Grundlage gegenwärtiger und zukünftiger Maßnahmen innerhalb von Politik und Gesellschaft.

Mit der Nachhaltigkeitsstrategie will die Bundesregierung deutlich machen, in welche Richtung sich das Land entwickeln soll und welche Weichenstellungen dafür notwendig sind. Sie setzt für die nächsten Jahre Prioritäten und bestimmt konkrete Ziele und Maßnahmen, um die Idee der nachhaltigen Entwicklung in der Praxis umzusetzen.

Die Strategie soll die Grundlage für weitere politische Reformen wie auch für ein verändertes Verhalten von Unternehmen und Verbrauchern sein. Weit über die ökologische Herausforderung hinaus dient die Strategie als Handlungsanleitung für eine umfassende zukunftsfähige Politik, um der Generationen übergreifenden Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Entwicklung gerecht zu werden.

### Spezifische Ziele

Konkret hat sich Bundesregierung folgende Ziele für den Weltgipfel gesetzt:

- Vereinbarung konkreter und verbindlicher Maßnahmen zur Lösung der globalen Wasserkrise entsprechend den Vorgaben der Internationalen Wasserkonferenz im Dezember 2001 in Bonn
- Ausarbeitung von Strategien zur weltweiten stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien sowie der Steigerung der Energieeffizienz
- Konkrete Fortschritte auf dem Weg zur weltweiten Halbierung der Armut
- Stärkung der finanziellen und wirtschaftlichen Basis für nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern durch Handelserleichterungen und Entwicklungszusammenarbeit
- Gemeinsame Initiative mit der Wirtschaft, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen zur stärkeren Berücksichtigung von sozialen und Umweltaspekten sowie Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung bei Auslandsdirektinvestitionen (mittlerweile am Widerstand des BDI gescheitert)
- Ausbau der UN-Strukturen im Bereich nachhaltige Entwicklung mit dem Ziel, Entwicklungsländer an Entscheidungen zur künftigen Gestaltung der Globalisierungsprozesse wirksamer zu beteiligen
- Verbesserte Koordinierung von Umweltaktivitäten bei internationalen Einrichtungen und im Rahmen von internationalen Abkommen
- Stärkung des Umweltprogramms UNEP der Vereinten Nationen mit der Perspektive, es zu einer Weltumweltorganisation weiterzuentwickeln.

# Europäische Union

## Gemeinsame Strategie

Die Staaten der Europäischen Union (EU) haben sich auf ihrem Treffen am 21. und 22. Juni in Sevilla auf eine gemeinsame Strategie für den Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg geeinigt. Aufbauend auf den Ergebnissen von Monterrey und Doha will die EU in Johannesburg weitere Schritte zur Umsetzung der Millenniumsziele erreichen. Dabei soll Johannesburg vor allem eine klare politische Botschaft für eine "Nachhaltige Entwicklung der Globalisierung" senden. Konkret benennt die EU fünf Schlüsselfelder, in denen Maßnahmen beschlossen werden sollen: Wasser, Erneuerbare Energien, Gesundheit, Landwirtschaft und Biodiversität.

## Spezifische Ziele

Konkrete Ziele der EU sind folgende:

- Bis 2015 soll die Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Wasser haben, halbiert werden. Hierzu setzt die EU auf ihre Wasserinitiative, die vor allem auf Public Private Partnerships zurückgreift. Für 2003 will die EU dafür 1,4 Mio Euro zur Verfügung stellen und stellt eine Erhöhung dieses Betrages für die kommenden Jahre in Aussicht.
- Im Energiebereich verfolgt die EU das Ziel, bis 2010 weltweit mindestens 15% an erneuerbaren Energien im Verhältnis zu nicht-erneuerbaren Energien im Aktionsplan von Johannesburg festzuschreiben. Dazu will die EU im Rahmen ihrer Energie-Initiative Partnerschaften mit Entwicklungsländern eingehen. Mit der Energie-Initiative sollen nachhaltige Energiestrategien durchgesetzt werden, die neben dem Energiesektor auch die Finanzinstitutionen und den Privatsektor in den jeweiligen Ländern mit einbeziehen. Für diese Initiative hat die EU für 2003 rund 700 Mio Euro bereitgestellt.
- Über die kommenden fünf Jahre will die EU ihre Finanzhilfen im Bereich Gesundheit von derzeit 120 Mio Euro (Stand 2002) steigern. Darüber hinaus fordert sie, im Rahmen der Doha-Entwicklungsagenda eine Regelung bei den Lizenzen für Pharmazeutika zu finden und pharmazeutische Produkte zu den niedrigstmöglichen Preisen den armen und ärmsten Staaten zur Verfügung zu stellen.
- Innerhalb des Johannesburg-Aktionsplans soll ein Zehn-Jahres-Arbeitsprogramm verabschiedet werden, das sich mit nachhaltigen Produktions- und Verbrauchsmustern befasst. Zusätzlich formuliert die EU die vage Forderung, dass die Industriestaaten selbst "verstärkt nicht-nachhaltiges Verhalten abbauen".
- Bis 2015 soll der Prozess des fortschreitenden Verlustes von natürlichen Ressourcen und biologischer Vielfalt aufgehalten werden. Dabei sollen vor allem auf lokaler Ebene Initiativen - besonders in den Entwicklungsländern - unterstützt werden.
- Aufbauend auf den Ergebnissen von Monterrey und Doha sollen nach Ansicht der EU zwar Handels und Finanzierungsfragen nicht direkt auf der Tagesordnung für Johannesburg stehen. Dennoch kündigt die EU weitere Maßnahmen in diesen Bereichen an, die sie in Johannesburg vorstellen will.
- Ihr bereits in Monterrey formuliertes Ziel, die öffentliche Entwicklungshilfe auf 0,7% der Bruttoinlandproduktes aufzustocken, bekräftigt die EU nochmals für Johannesburg. Dabei verpflichtet sich die EU, die durchschnittliche Entwicklungshilfe bis 2006 auf 0,39% zu steigern, was nach eigenen Berechnungen eine Steigerung von 9 Mrd Euro von 2002 bis 2006 bedeutet. Vage formuliert die EU, dass in Johannesburg die Frage nach einem effizienteren Einsatz der Entwicklungshilfegelder auf der

Tagesordnung stehen sollte. Diese Frage soll verknüpft werden mit dem Zugang zu Märkten sowie der Frage der globalen öffentlichen Güter. Des Weiteren soll die HIPC-Entschuldungsinitiative weiter ausgebaut werden, um so den ärmsten Staaten ein "nachhaltiges Wachstum" zu ermöglichen.

- Im Bereich Nachhaltiger Entwicklung auf internationaler Ebene will die EU den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) und die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) weiter stärken. Die Rolle der UN soll weiter gestärkt und ihre Zusammenarbeit mit IWF, Weltbank und WTO verbessert werden.
- Nachhaltigkeits-Parameter sollen in regionale und bilaterale (Handels-) Abkommen integriert werden.

## **Unspezifische Ziele**

Weitere, nicht spezifizierte Forderungen der EU sind: Freier Zugang zu Märkten, Ankurbelung von Märkten für umweltfreundliche und Bio-Produkte, faire Handelsmaßnahmen, Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz heimischer Märkte, Reformierung umweltschädlicher Subventionen, weitere Entwicklung und Unterstützung von Ergebnisprüfungen unter Nachhaltigkeitsaspekten (Sustainable Impact Assessment - SIA) sowie Maßnahmen, die es Entwicklungsländern ermöglichen, von Auslandsdirektinvestitionen (FDI) zu profitieren.

## **Monterrey und Doha als Grundlage**

Sowohl die Bundesrepublik als auch die EU bauen ihre Strategie für Johannesburg auf den Ergebnissen von Monterrey und Doha auf. Entscheidend wird sein, wie sich die EU in Bezug auf die offenen Fragen in den Bereichen Handel und Finanzen verhält. Sollte sie zu einer Erweiterung der Ergebnisse von Monterrey und Doha bereit sein, besteht die Möglichkeit, das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung auch auf diese Gebiete zu übertragen und somit Johannesburg auch gegen den Widerstand der JUSCANZ-Allianz positiv zu beeinflussen.

# **USA**

## **America First**

Seit dem Amtsantritt von Präsident George W. Bush zeigen sich die USA als der größte Bremser im Nachhaltigkeits-Prozess. Ob es darum geht, dass die USA das Kioto-Protokoll nicht ratifizieren wollen, ihre Entwicklungshilfe an bilaterale Forderungen knüpfen oder auf den offiziellen Vorbereitungstreffen zum Johannesburg-Gipfel öffentlich drohen, aus dem Prozess auszusteigen, wenn etwa Forderungen nach einer Reform der internationalen Finanzinstitutionen gefordert werden - in fast allen Bereichen agiert die US-Administration ausschließlich auf der Basis ihrer eigenen Forderungen (und Wahrnehmung) und folgt der Strategie "America first". Statt auf internationale setzt sie auf bilaterale Abkommen und schwächt dadurch nachhaltig den UN-Prozess sowie die UN selbst - noch über das Problem ihrer ausstehenden Beiträge an die UN hinaus.

## Dominanz der USA

Dennoch ist es derzeit utopisch, internationale Abkommen zur Nachhaltigen Entwicklungen an den USA vorbei durchzusetzen, zu finanzstark und zu (militärisch) dominant sind die USA im internationalen Bereich. Ein Blick auf die Agenda der USA zum Johannesburg-Gipfel gibt Auskunft über die Möglichkeiten der Durchsetzung. Zu große Hoffnung auf ein "nettes Geschenk" der USA, wie in Monterrey die Finanzausgaben an ausgewählte Länder, sollte man sich nicht machen.

Politische und wirtschaftliche Freiheit, die Verankerung von Gesetzen sowie "Good Governance" ("gutes Regieren") sind die drei Prinzipien, die der US-Strategie zugrunde liegen. Im Klartext bedeutet dies, dass die USA in erster Linie als Verfechter eines freien Marktes, gekoppelt mit dem "Kampf gegen den Terrorismus" auftreten.

## Spezifische Ziele

Nach Ansicht der USA sind die grundlegenden Indikatoren für eine Nachhaltige Entwicklung folgende:

- Zu einer effizienten Nachhaltigen Entwicklung müssen vor allem die nationalen und lokalen Politiken gestärkt werden. Dies sei nur mit offenen Märkten möglich. Nur über wirtschaftliches Wachstum seien Umweltschutz, soziale Sicherung und Nachhaltige Entwicklung möglich. Die USA wollen auf den Ergebnissen von Monterrey und Doha aufbauen, weitere Handelsschranken abbauen und den Zugang aller zu einem (kapitalistischen) Weltwirtschaftssystem ermöglichen. Dabei sollen Weltbank und IWF eine tragende Rolle spielen.
- Ein zentraler Begriff ist "Eigenverantwortung", der es den USA ermöglichen soll, möglichst wenig internationale Verantwortung zu übernehmen. Die Eigenverantwortung der Nationalstaaten bedingt für die USA gleichzeitig eine ansteigende Wirtschaftskraft. Dabei wird verstärkt auf bilaterale Abkommen gesetzt, da dann die Steuerung und Gestaltung dieser Abkommen in erster Linie in den Händen der USA selbst liegt.
- Ein weiterer zentraler Baustein in der US-Strategie sind die Public Private Partnerships. Besonders global agierende Unternehmen sollen finanzielle und politische Rahmenbedingungen bekommen, die es ihnen ermöglichen, die Märkte in den Entwicklungsländern weiter zu öffnen und dadurch anzukurbeln.
- Alles in allem bestehen die bislang offiziellen US-Dokumente zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung aus bekannten Phrasen. Konkrete Angebote oder gar Lösungsansätze fehlen. Überlagert durch den Kampf gegen den Terrorismus, setzt die Bush-Administration auf die Formel "Kapitalismus fördert demokratische Strukturen, die dann zu einer Nachhaltigen Entwicklung führen".
- Lediglich in den "weichen" Themenfeldern kündigen die USA Bereitschaft zu Lösungen an:
- Reduktion der Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu Trinkwasser haben.
- Maßnahmen gegen HIV/AIDS, TBC und Malaria.
- Universeller Zugang zu Ausbildung unter Einbeziehung des Gender-Aspekts.
- Bekämpfung des Hungers durch nachhaltige Agrarwirtschaft ohne Zerstörung der natürlichen Ressourcen.

## G77 und China

Die Entwicklungs- und Schwellenländer der G77 hatten bereits im Vorfeld ihre Position von den Ergebnissen der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey abhängig gemacht. Da der Monterrey-Konsens nur magere Ergebnisse geliefert hat, liegt ein wesentlicher Schwerpunkt der G77 und Chinas für den Johannesburg-Gipfel nach wie vor auf der Aufstockung ihrer finanziellen Ressourcen für (nachhaltige) Entwicklung durch die Industriestaaten. Einer Eigenverantwortung der Entwicklungsländer, die die Industriestaaten entlastet und vor allem von den USA immer wieder gefordert wird, stehen sie kritisch gegenüber. Die G77 und China wollen außerdem vermeiden, dass in allen Politikbereichen vor allem auf nationaler Ebene zivilgesellschaftlichen Akteuren zu viel Mitspracherecht zugestanden wird. Das Ziel verbindlicher Umweltstandards sowie einer inneren Demokratisierung steht auf der Tagesordnung der G77 weit hinten.

## Johannesburg als Synonym zur Rettung der Welt?

Der Johannesburg-Gipfel ist nicht nur einfach eine weitere Rio-Nachfolgekonferenz. Zwar ist noch immer die Verbindung zwischen Umwelt und Entwicklung das zentrale Thema, das Ziel der Konferenz muss allerdings sein, darüber hinauszugehen, um die Welt auf einen neuen Kurs zu bringen - zu einer gleichberechtigten und nachhaltigen Entwicklung für alle.

### Nachhaltigkeit vs Wirtschaft

Neben den bekannten sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Problemen stehen in Johannesburg daher auch neue Themen wie Globalisierung oder HIV/AIDS auf der Tagesordnung. Außerdem müssen die Staaten auf die NRO-Forderung nach einer Konvention für Unternehmensverantwortung ("corporate accountability") eingehen und die Algier-Deklaration der Süd-NRO berücksichtigen, ebenso die Ergebnisse der Kinder-Umweltkonferenz von Kanada, die z.B. ein Verbot von giftigen Chemikalien fordert.

Auf der Gegenseite steht die Industrie mit ihrer Behauptung, sie sei bereits so umweltfreundlich, dass weitere verbindliche Maßnahmen überhaupt nicht nötig seien. Zudem ist es entscheidend, dass bereits beschlossene Ergebnisse, wie etwa das Kyoto-Protokoll, nicht neu verhandelt, sondern erst einmal umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Um alles unter einen Hut zu bekommen, haben die UN-Organisatoren drei Themenfelder abgesteckt:

- Verringerung der Armut und Förderung nachhaltiger Lebenswelten,
- nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster,
- Schutz der natürlichen Ökosysteme.

### Notwendiger politischer Wille

Den meisten Ländern der Welt ist es bisher noch nicht gelungen, Nachhaltige Entwicklung als ein Konzept einzuführen, das auf einem breiten politischen Willen beruht und eine ebenso breite öffentliche Unterstützung braucht. UN-Generalsekretär Kofi Annan bringt das Problem auf den Punkt, wenn er sagt: "Nachhaltige Entwicklung ist vielleicht eine allgemeingültige Weisheit in einigen Kreisen, aber die meisten Menschen haben die Bedeutung des Konzepts noch nicht verstanden: es geht hier um Leben oder Tod für Milliarden von Menschen, vielleicht für die gesamte Menschheit."

## Wie weiter?

Trotz oder gerade wegen der Dringlichkeit und vor allem der Vielfalt der Probleme, die in Johannesburg auf der Tagesordnung stehen, darf nicht vergessen werden, dass hier nicht auf einen Schlag alles gelöst werden kann. Aber es muss ein Prozess angestoßen und auf den Weg gebracht werden, der einen verbindlichen Rahmen schafft und Fragen stellt und vielleicht auch beantwortet, die sich nicht nur für Nichtregierungsorganisationen stellen:

- Wie kann die Welt vor ihrem Untergang bewahrt werden?
- Wer übernimmt die politische Verantwortung für die durch die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung hervorgerufenen Prozesse?
- Wer finanziert Maßnahmen, die sich aus dieser politischen Verantwortung ergeben?
- Wie soll eine demokratische Weltordnung aussehen, gestaltet werden?
- Lässt sich die derzeit dominierende wirtschaftliche Globalisierung mit dem Konzept der "Sustainable Development Governance", der Regierungsführung für eine nachhaltige Entwicklung, verbinden?

## Verbindliche Ergebnisse

Die ersten Septembertage in Johannesburg müssen zu völkerrechtlich bindenden Ergebnissen führen, die einen Rahmen für konkrete Lösungsansätze bieten bzw. solche schon enthalten. Die Regierungsvertreter/innen vor allem der Industriestaaten sind in der Pflicht, mehr als nur Präsenz zu zeigen. Vertreter/innen aus dem nichtstaatlichen Bereich sollten das Gipfeltreffen nutzen, ihren Vorschlägen Nachdruck zu verleihen, um so Johannesburg zu einem Erfolg werden zu lassen. Möglichkeiten dazu bieten sich viele: NRO können durch Proteste und Demonstrationen von außen Druck erzeugen oder als Lobbyist/innen ihre Regierungen beeinflussen - an guten Konzepten mangelt es jedenfalls nicht. Auch Kooperationen untereinander oder auch mit der Privatwirtschaft können sowohl personelle als auch finanzielle Vorteile bringen, die letztlich denen nutzen, die von den Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung und den zunehmenden Umweltproblemen am meisten betroffen sind.

Diese Analyse ist in leicht modifizierter Form erschienen in: Deutscher Naturschutzring (DNR), Geschäftsstelle Berlin, EU-Koordination und Internationales (Hrsg.): EU-Rundschreiben 07/08.02, Berlin 2002

Kontakt: [info@perglobal.com](mailto:info@perglobal.com)

## Websites zum WSSD

WSSD-Website der Vereinten Nationen (UNO):

<http://www.johannesburgsummit.org/>

WSSD-Website des Forum Umwelt & Entwicklung: <http://www.rio-10.de/>

WSSD-Website des International Institute for Sustainable Development (IISD): <http://www.iisd.ca/2002/wssd/index.html>

WSSD-Website der Heinrich-Böll-Stiftung: <http://www.worldsummit2002.de>

WSSD-Website der Civil Society: <http://www.worldsummit.org.za/>

WSSD-Website von BMU und BMZ: <http://www.weltgipfel2002.de>

WSSD-Website des Stakeholder-Forums: <http://www.earthsummit2002.org/>

WSSD-Website der Europäischen Union:

[http://europa.eu.int/comm/environment/wssd/index\\_en.html](http://europa.eu.int/comm/environment/wssd/index_en.html)

## Dokumente

Agenda 21: <http://www.bmu.de/download/dateien/agenda21.pdf>

Biodiversitätskonvention: <http://www.biodiv.org/doc/legal/cbd-en.pdf>

Cartagena-Protokoll: <http://www.biodiv.org/doc/legal/cartagena-protocol-en.pdf>

Chairman's Paper for the World Summit on Sustainable Development:

[http://www.johannesburgsummit.org/html/documents/prep2final\\_papers/pc2\\_chmpaper.doc](http://www.johannesburgsummit.org/html/documents/prep2final_papers/pc2_chmpaper.doc)

Deklaration von Rio:

<http://www.unep.org/Documents/Default.asp?DocumentID=78&ArticleID=1163>

Deklaration zum Schutz der Wälder:

<http://www.un.org/documents/ga/conf151/aconf15126-3annex3.htm>

Desertifikationskonvention: <http://www.unccd.int/convention/text/pdf/conv-eng.pdf>

EU's Commitments: Looking Beyond the Monterrey Consensus:

<http://www.un.org/esa/ffd/0302eu-oda.pdf>

Kioto-Protokoll: <http://www.unfccc.int/resource/docs/convkp/kpger.pdf>

Klimarahmenkonvention:

<http://www.unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf>

Konvention über persistente organische Stoffe (POPs):

[http://www.bmu.de/download/dateien/pop\\_konvention.pdf](http://www.bmu.de/download/dateien/pop_konvention.pdf)

Konvention über Prior Informed Consent:

[http://www.pic.int/finale.htm#convention\\_text\\_e](http://www.pic.int/finale.htm#convention_text_e)

Konvention über wandernde Fischarten:

<http://heiwwww.unige.ch/humanrts/resolutions/49/121GA1994.html>

Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals):

<http://www.un.org/millennium>

Monterrey-Consensus - Draft outcome of the International Conference on Financing for Development: <http://www.un.org/esa/ffd/aconf198-3.pdf>

## Internationale Organisationen

- Economic and Social Council (ECOSOC):  
<http://www.un.org/esa/coordination/ecosoc/>
- International Monetary Fund (IMF): <http://www.imf.org>
- United Nations (UN): <http://www.un.org>
- UN-Entwicklungsprogramm (UNDP): <http://www.undp.org>
- UN-Homepage in Vorbereitung auf den WSSD:  
<http://www.johannesburgsummit.org>
- UN-Klimasekretariat: <http://www.unfccc.org>
- UN-Kommission für Handel und Entwicklung (UNCTAD):  
<http://www.unctad.org>
- UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD):  
<http://www.un.org/esa/sustdev>
- UN-Sekretariat zu Financing for Development: <http://www.un.org/esa/ffd/>
- UN-Sekretariat der Konvention über biologische Vielfalt:  
<http://www.biodiv.org>
- UN-Sicherheitsrat: <http://www.un.org/peace>
- UN-Umweltprogramm (UNEP): <http://www.unep.org>
- UN-Wüstensekretariat: <http://www.unccd.int/main.php>
- World Bank: <http://www.worldbank.org>
- World Trade Organization (WTO): <http://www.wto.org>

## Deutsche Ministerien

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU):  
<http://www.bmu.de>
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): <http://www.bmz.de>

## Literatur

- Berthold, Marc: World Summit 2002-Newsletter No.V: <http://www.boell.org>
- Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland 2002: Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung:  
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/service/download/index02.html>
- Annan, Kofi A. 2002: Von Doha über Monterrey nach Johannesburg: Der Weg zur nachhaltigen Entwicklung im 21. Jahrhundert:  
<http://www.uno.de/presse/2002/unic455add1.htm>
- Bush, George W.: President Proposes \$5 Billion Plan to Help Developing Nations: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/03/20020314-7.html>
- Greger, Nika 2001: Erster World-Summit 2002-Newsletter, Washington, DC:  
<http://www.boell.org/463.html>
- Greger, Nika, von Damm, Tile 2002: Auf dem Weg zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung: Die Dritte PrepComm: [http://www.rio-10.de/rioprozess/texte/prepcomm3\\_nikagreger.html](http://www.rio-10.de/rioprozess/texte/prepcomm3_nikagreger.html)

Greger, Nika; von Damm, Tile 2002: Zweiter World Summit 2002-Newsletter, Washington, DC: <http://www.boell.org>

Greger, Nika, von Damm, Tile 2002: No Way Out? Eine Bestandsaufnahme des Johannesburg-Prozesses, in: Berliner Briefe 46, Berlin

Kaul, Inge 1999: Towards a Paradigm of Embedded Financial Liberalization. Interlocking the Wheels of Private and Public Finance:

<http://www.bicc.de/sef/publ/pol-pap/nr13/pp13.pdf>

Kaul, Inge; Grunberg, Isabelle; Stern, Marc A. 1999: Global Public Goods. International Cooperation in the 21<sup>st</sup> Century, New York

Martens, Jens 2002: Globale Entwicklungszusammenarbeit nach der Monterrey-Konferenz - Ergebnisse und Perspektiven des Financing-for-Development Prozesses: <http://www.weedbonn.org/ffd/index.htm>

Powell, Colin L. 2002: Making Sustainable Development Work: Governance, Finance and Public-Private Cooperation:

<http://www.state.gov/secretary/rm/2002/11822.htm>

Schröder, Gerhard 2002: Regierungserklärung zur Zukunftssicherung durch Nachhaltigkeit:

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/service/download/index02.html>

UN 2002: Global Challenge Global Opportunity. Trends in Sustainable Development:

[http://www.johannesburgsummit.org/html/documents/summit\\_docs/criticaltrends\\_1408.pdf](http://www.johannesburgsummit.org/html/documents/summit_docs/criticaltrends_1408.pdf)